

IRAK UND AFGHANISTAN

Nach den militärischen Invasionen der USA im Irak und in Afghanistan ist in den beiden Ländern keineswegs Frieden eingekehrt. Die Bevölkerung der beiden Länder leidet an den Folgen der Zerstörung der Infrastruktur, unter den Machtkämpfen verfeindeter Warlords und unter den Besatzungstruppen der Invasoren.

Dienstag, 23. September, 20.00 Uhr

Die sozialen Bewegungen im Irak nach der US-Invasion und dem Sturz Saddam Husseins

Infoveranstaltung mit Aso Jabbar von der Kommunistischen Arbeiterpartei Irak und Koordinator der Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak (UUI) in der Schweiz

Mit der US-Invasion im Irak und der Zerstörung der Infrastruktur stieg die Zahl der Arbeitslosen um ein Mehrfaches. Als Antwort darauf wurde die Gewerkschaft der Arbeitslosen (Unemployed Union of Irak) UUI gegründet. Die UUI hat gegenwärtig um die 150 000 Mitglieder auf das ganze Land verteilt, mit Zentren in den fünf bedeutendsten Städten Bagdad, Kirkuk, Nasiriya, Mosul und Erbil. Die Forderungen der UUI gegenüber der Besatzungsmacht sind: Entweder Arbeitsplätze oder Arbeitslosenversicherung, sowie Notfallbeihilfen für alle Arbeitslosen und volle Leistungen von Zahlungen an all jene, die wegen des Krieges ihre Arbeit verloren haben.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, begann die UUI am 23. Juli einen Sitzstreik vor dem Hauptsitz der US-Verwaltung in Bagdad. Im Laufe des Streiks, der vier Wochen dauerte, verhaftete die US-Besatzungsmacht mehrere AnführerInnen der UUI. Aufgrund des Drucks von der Strasse und nach einer Intervention der International Labour Organisation (ILO) wurden alle wieder freigelassen.

Der Ertrag der Solibar geht an die Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak.



Dienstag, 30. September, 20.00 Uhr

Afghanistan nach der US-Invasion – Bleiberecht für afghanische Flüchtlinge in der Schweiz

Infoveranstaltung mit Rahman Ramin von der General Union of Afghan Refugees (GUAR) und Rolf Zopfi von der Menschenrechtsgruppe augenauf.

Seit der US-Invasion in Afghanistan hat sich die Situation für die Zivilbevölkerung kaum verbessert. Verschiedene Warlords kämpfen um Macht und Einfluss. Es fehlt an Nahrungsmitteln, medizinischer Grundversorgung, Unterkünften und Arbeit. In den vergangenen Monaten sind über eine Million Flüchtlinge, vor allem aus Pakistan und Iran, nach Afghanistan zurückgekehrt. Viele unter Ihnen wurden jedoch aufgrund der noch immer unzumutbaren Rückkehrsituation zu intern Vertriebenen. Die in der Schweiz anwesenden Flüchtlinge aus Afghanistan werden vom BFF im Unklaren gelassen. Die Flüchtlinge befürchten Zwangsausschaffungen anstatt Bleiberecht.

Der Ertrag der Solibar geht an die General Union of Afghan Refugees.

Vom 30. September – 5. Oktober wird zudem im i fluss eine Fotoausstellung von Amnesty International über die aktuelle Situation in Afghanistan zu sehen sein.

